Atom(ausstiegs)poli

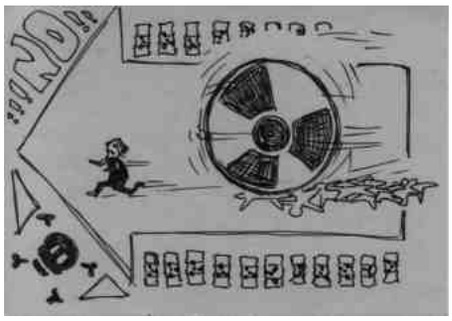
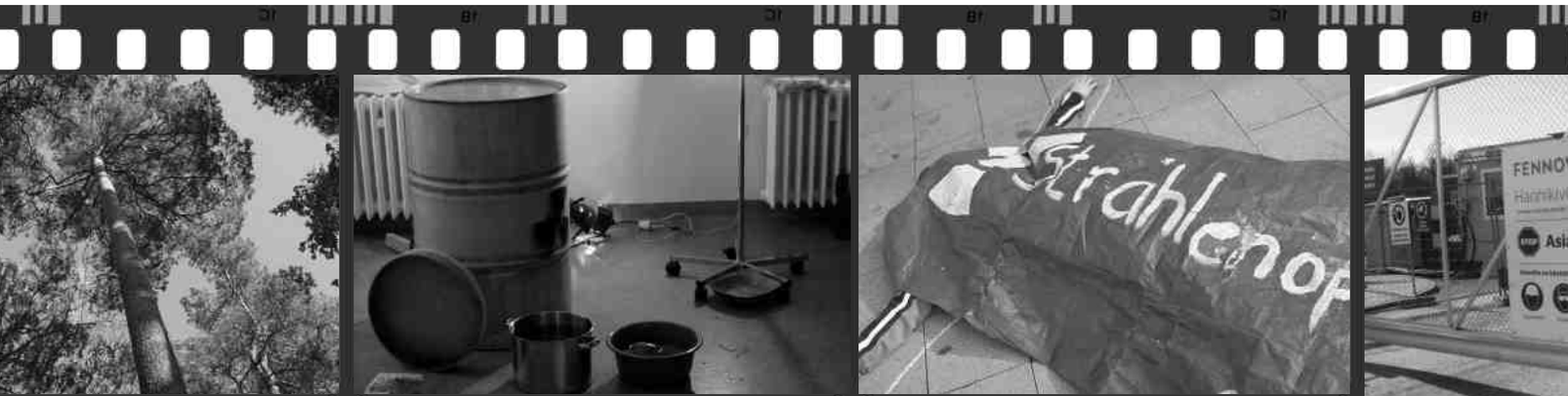
fb **Zum Stichtag 1. Juli 2021 stellte die Europäische Union mit 106 in Betrieb befindlichen Reaktoren die weltgrößte Flotte installierter Atomkraftwerksleistung bereit, nur knapp gefolgt von den USA mit 93 Reaktoren. Auf der Ebene der Staaten standen die USA auf Rangplatz 1, gefolgt von Frankreich mit 56 Reaktoren und China mit 53 Reaktoren. Der Anteil von Atomenergie am Strommix machte in den USA 19,7 %, in der EU 24,8 % aus. 2020 wurde in der Europäischen Union von Regenerativen Energien (ohne Berücksichtigung der Wasserkraft) zum ersten Mal mehr Elektrizität erzeugt als durch Kernspaltung. Atomkraft ist offenbar sowohl in der EU als auch in den USA eine bedeutende Energiequelle.**

Den entscheidenden Anteil am Primärenergieverbrauch (also nicht nur Strom) bilden jedoch in beiden Regionen fossile Energieträger. Diese dominierten den Bruttoinlandsenergieverbrauch mit 69,3 % in der EU (basierend auf Zahlen aus dem Jahr 2019), während sie in den USA (basierend auf Zahlen aus dem Jahr 2020) sogar 79 % ausmachten.

Status und Perspektiven der Atomkraftnutzung

In der Europäischen Union ist die Atomkraft hochgradig umstritten: 13 Mitgliedsstaaten betreiben Atomkraftwerke (AKW), von denen vier einen Atomausstieg beschlossen haben (Belgien, BRD, Spanien, Schweden); 14 Mitgliedsstaaten besitzen keine in Betrieb befindlichen Atomreaktoren, von denen einer (Polen) derzeit versucht, ein umfangreiches Atomprogramm umzusetzen. Drei Reaktoren wurden 2020 stillgelegt (Fessenheim-1+2, Ringhals-1), während sich vier solche im Bau befanden (Olkiluoto=3, Flamanville-3, Mochovce-3+4) – allerdings mit massiven Verspätungen von einem Jahrzehnt und länger sowie mit Kostenexplosionen bis zum 6fachen der ursprünglichen Kalkulationen. Viele EU-Staaten werden letztlich das Kapitel der Atomstromproduktion aufgrund der zunehmenden Alterung der Reaktorflotte (durchschnittlich 35,9 Jahre in der EU) und der wirtschaftlichen Unrentabilität neuer Atomkraftwerke in den nächsten Jahrzehnten schließen.

Unklar ist bei dieser Einschätzung, die auf der Situation vor Beginn der russischen Invasion in der Ukraine basiert, die Auswirkungen der aktuellen Energiekrise. Diese hat zwar verdeutlicht, wie katastrophal auch in Hinsicht auf die Energieversorgungssicherheit der immer noch hohe Anteil fossiler Energieträger bei der Stromerzeugung ist, allerdings auch Kurzschlussreaktionen und aggressiven pro-nuklearen Lobbyismus verursacht. Derzeit diskutieren verschiedene europäische Regierungen über Laufzeitverlängerungen für von Stilllegungen betroffene alte AKW (Belgien, BRD), die Aufgabe des Atomausstiegs oder den Neubau von Reaktoren (Bulgarien, Frankreich, Niederlande, Tschechien). Dabei ist die Abhängigkeit von russischen Energiequellen auch in der europäischen Atomindustrie groß: Russland ist der größte Uranexporteur in der EU und mindestens 18 Reaktoren in fünf Mitgliedsstaaten sind auf dessen Brennelemente angewiesen. Der Neubau von Atomanlagen ist weiterhin mit großen zeitlichen (Bauzeitüberziehungen) und finanziellen (Preissteigerungen) Problemen konfrontiert und daher unter rationalen Gesichtspunkten keine Option. Infolge der Invasion in der Ukraine ist im Mai nun auch das russische AKW-Neubauprojekt Hanhikivi im Norden Finnlands gescheitert, für das bereits Naturschutzgebiete verwüstet worden waren. Nur Atombombenstaaten haben aufgrund militärischer Interessen eine klare Motivation, die Atomindustrie weiter mit Milliardenbeträgen zu subventionieren. Auch der Weiterbetrieb alter AKW ist kaum eine Hilfe in der Energiekrise: In der BRD kann Atomstrom nur einen winzigen Anteil der einzusparenden Gaskraftwerkskapazitäten ersetzen. Ein wesentlicher Teil von deren Produktion ist Heizwärme, die von den AKW nicht verfügbar ist. Diese könnten auch kaum zur Kostensenkung bei der Stromerzeugung beitragen. Absurderweise wird nunmehr für den deutschen AKW-Betrieb mit der französischen Atomstrommisere argumentiert, weil das hochgradig von AKW abhängige Land in diesem Jahr zeitweise mehr als die Hälfte seiner Anlagen wegen verschiedenster Probleme nicht nutzen konnte und fast jeden Tag auf Stromimporte aus der BRD in der Größenordnung der Kapazitäten vierer Großkraftwerke angewiesen war.



Die Auseinandersetzungen um die Zukunft der Atomkraftnutzung in Europa spiegelten sich in den letzten Jahren in den Kämpfen um die Aufnahme der Atomkraft in die EU-Taxonomie wider. Verschiedene EU- und nationale Organisationen ebenso wie Expert*innengruppen veröffentlichten Analysen zu diesem Vorhaben. Die meisten kamen zu dem Schluss, dass es keinesfalls zulässig wäre, Atomkraft als nachhaltige Energiequelle zu behandeln. Trotzdem behauptete das *Joint Research Centre*, das an mehreren Atomprojekten beteiligt ist, Atomkraft sei nicht schädlicher als andere bereits als nachhaltig eingestufte Energieträger. Viele Länder übten Druck auf die Europäische Kommission sowohl für als auch gegen die Aufnahme der Atomenergie in die EU-Taxonomie aus. Nach mehrfachen Verzögerungen verkündete die Kommission im Februar 2022, Atomkraft solle zukünftig als nachhaltige Energiequelle